

KURZ ERKLÄRT

ÄGYPTEN FORSCHER IM FADENKREUZ

Der getötete italienische Doktorand Regeni ist kein Einzelfall: Unter dem Sisi-Regime genießen Wissenschaftler keinen Schutz mehr

EINE ANALYSE VON ILYAS SALIBA

Ilyas Saliba promoviert in Berlin an der Humboldt-Universität in Politikwissenschaft zu Lernprozessen in autoritären Regimen und hat 22 Monate auf Feldforschungsaufenthalten in Kairo und Rabat verbracht. Nebenbei betätigt er sich als freier Journalist und Fotograf. Er hat in Hamburg, Göteborg und Zürich Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen studiert.

WAS IST GESCHEHEN?

Im Februar 2016 tauchte der Körper des bis dahin vermissten Giulio Regeni an der Straße von Kairo nach Alexandria auf. Der italienische Doktorand, der über unabhängige Gewerkschaften in Ägypten promovierte, war systematisch über neun Tage hinweg gefoltert worden. Aufgrund der Indizienlage, insbesondere im Hinblick auf die Foltertechniken als auch die Umstände seines Verschwindens am fünften Jahrestag der Revolution im damaligen Hochsicherheitsbereich in Kairo, vermuten viele eine Beteiligung der Si-

cherheitsbehörden. *Reuters* und die *New York Times* zitieren anonyme Quellen aus den ägyptischen Sicherheitsbehörden, die die Festnahme Regenis durch ihre Kollegen bestätigen. Offiziell heißt es aus Kairo jedoch weiterhin, eine Verwicklung ägyptischer Sicherheitskräfte in den Fall sei nichts als eine Verschwörung von böswilligen Kräften gegen Ägypten, die das gute Verhältnis zwischen Kairo und Rom zerrütten wollten, um das Land zu destabilisieren.

WORUM GEHT ES EIGENTLICH?

Das harte Durchgreifen ägyptischer Sicherheitsbehörden sowie der nationalistische, verschwörungslastige und xenophobe Diskurs richten sich gegen zivilgesellschaftliche und politische Akteure sowie vermehrt auch gegen Wissenschaftler. Die Middle East Studies Association (MESA) reagierte im Februar mit einer Sicherheitswarnung für seine Mitglieder. Das zuständige Komitee für Wissenschaftsfreiheit habe in zunehmender Anzahl und Umfang schwere Verstöße registriert. Die Vorwürfe reichen von der Verweigerung der Ein- und Ausreise über direkte Einmischung in die Universitätsverwaltung durch Berufsverbote für kritische Fakultätsmitglieder bis hin zu unfairen Prozessen, in Einzelfällen mit dem Resultat der Todesstrafe. Ein Bericht der »Ägyptischen Organisation für Gedanken- und Meinungsfreiheit«

(AFTE) prangerte im Februar restriktive Praktiken für Forschungsvisa und erschwerten Zugang zu Archiven an. Die zentrale Rolle der Sicherheitsbehörden bei der Visavergabe hat dazu geführt, dass die meisten ausländischen Wissenschaftler in Ägypten inzwischen mit einem Touristenvisum einreisen. Auch deshalb setzen sich die jeweiligen Botschaften nur im geringen Maße für betroffene Wissenschaftler ein. Prominente ägyptische Wissenschaftler wie Amr Hamzawy und Emad Shahin sahen sich aufgrund verhängter Berufsverbote und laufender Verfahren gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen. Die Sicherheitsbehörden scheinen also in einheimischen und ausländischen Wissenschaftlern ein potenzielles Sicherheitsrisiko zu sehen.

WIE GEHT ES NUN WEITER?

Der Fall Regeni hat dem Thema Wissenschaftsfreiheit in Ägypten zu internationaler medialer und diplomatischer Prominenz verholfen. Wie Entwicklungshelfer, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, so bewegen sich auch Wissenschaftler im Zuge ihrer Feldforschung oft auf gefährlichem Terrain. Im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen erhalten sie meist kein feldspezifisches Sicherheitstraining. Professionelle oder gar institutionelle Unterstützung zur Gefahreinschätzung, wie in der Entwicklungszusammenarbeit oder bei Journalisten üblich, gibt es nicht. Hier stehen auch Universitäten und akademische Institutionen in der Pflicht. Der Fall Regeni steht im Kontext der Viel-

zahl an verschwundenen Personen und der weiterhin weitverbreiteten Folterpraktiken in Ägypten unter Al-Sisi. Allerdings sollte auch das gezielte Vorgehen gegen Wissenschaftler in Ägypten als solches benannt werden. Das EU-Parlament hat im März unter direktem Verweis auf das Schicksal Regenis eine scharfe Resolution verabschiedet, die zum Exportstopp von Militärgütern und einem Ende der Sicherheitskooperation mit dem Sisi-Regime aufrief. Kurz darauf besiegelten sowohl Frankreichs Präsident François Hollande als auch Vizekanzler Sigmar Gabriel bei ihren Visiten einen Ausbau der Sicherheitskooperation sowie umfangreiche Rüstungslieferungen.